



**ILLUSTRIERENDE PRÜFUNGSAUFGABEN
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG**

Teil 1: Beispielaufgaben

Die Illustrierenden Prüfungsaufgaben (Teil 1: Beispielaufgaben, Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge) dienen der einmaligen exemplarischen Veranschaulichung von Struktur, Anspruch und Niveau der Abiturprüfung auf grundlegendem bzw. erhöhtem Anforderungsniveau im neunjährigen Gymnasium in Bayern.

Politik und Gesellschaft
grundlegendes Anforderungsniveau

Arbeitszeit: 210 Minuten

Der Prüfling bearbeitet eine der vier Aufgaben.

Hilfsmittel ist die zugelassene Textausgabe des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung. Diese darf keine Kommentare enthalten; Hervorhebungen und Verweisungen sind gestattet.

Prüfungsteil A**BE**

- 1 Stellen Sie wesentliche Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Überblick dar! 14
- 2 28
- 2.1 Ermitteln Sie die grundlegenden Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik aus der Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats in Mali im Jahr 2022 (M 1)!
- 2.2 *„Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, ohne dieses Mindestmaß an militärischem Schutz wird es eine politische Arbeit gerade auch von der internationalen Gemeinschaft dort kaum weiter geben können.“ (Z. 32-34)*
Begründen Sie ausgehend von M 1, dass in der bundesdeutschen Außenpolitik ein umfassender Sicherheitsbegriff umgesetzt werden sollte!
- 3 Auf einer Nachrichtenseite zum Thema „Bundeswehreinsatz in Mali“ finden Sie in der Kommentarspalte folgende Usermeinung:
„2024 wird die Bundeswehr endlich aus Mali abziehen. Wenn überhaupt, kann dort nur die EU gemeinsam etwas bewegen, z. B. mit einer gemeinsamen europäischen Armee. Die EU hat gezeigt, dass wirtschaftliche Sanktionen und nicht zuletzt die Diplomatie Wege eröffnen, um in der internationalen Politik Einfluss zu nehmen. Die EU vertritt 500 Millionen Menschen, deren Stimme in der Welt gehört werden muss!“ 33
- 3.1 Analysieren und interpretieren Sie die Infografik M 2!
- 3.2 Verfassen Sie als Antwort einen Forumsbeitrag, in dem Sie ausgehend von M 2 beurteilen, inwiefern sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann!

Prüfungsteil B

- 4 Bearbeiten Sie die Ausweitung zu 12/2, 13/1 oder 13/2!

25

100

Material 1: Außenministerin Annalena Baerbock äußert sich in der Bundestagsdebatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) am 11.5.2022

Die Bundeswehr befindet sich seit 2013 im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali. Die Außenministerin trat noch im Mai 2022 erfolgreich für eine Verlängerung des Mandats ein. Der Deutsche Bundestag beschloss jedoch im November 2022 mehrheitlich den Abzug deutscher Truppen bis Mai 2024, aufgrund der veränderten Position der malischen Regierung erscheint ein früherer Abzug aber wahrscheinlich.

5 „Wir schlafen nicht, wir haben Angst“, das waren die Worte, die uns, den Kolleginnen und Kollegen, die mich auf der Reise nach Mali begleitet haben, als Allererstes gesagt wurden, als wir bei 45 Grad im Schatten zusammensaßen in Gao, wo wir unsere dort stationierten Soldatinnen und Soldaten im Rahmen von MINUSMA besucht haben. [...] Wir haben gemeinsam die Menschen dort vor Ort gefragt: Was braucht ihr als Allerwichtigstes? – Die Antwort kam sofort: Sicherheit. Sicherheit. Sicherheit.

10 Und genau darum geht es bei diesem MINUSMA-Mandat. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit, weil wir nicht wollen, dass im Sahel Rückzugsräume für international vernetzte Terrororganisationen entstehen, für Organisierte Kriminalität. Denn wir wissen: Wenn sich MINUSMA aus Mali zurückziehen würde, dann würde das Vakuum noch mehr von anderen Kräften gefüllt. Das gilt für islamistische Kämpfer, aber das gilt eben auch für russische Kräfte. Die Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch malische und russische Truppen, die wir in den Zeitungen hier lesen und natürlich auch vor Ort gehört haben, sind furchtbar. Sie zeigen auf ganz deutliche Weise, worum es hier für uns auch geht, nämlich uns gemeinsam mit den Menschen vor Ort diesen Kräften entgegenzustellen, die nichts auf Menschenrechte geben, nichts auf Demokratie und nichts auf eine regelbasierte Ordnung. [...] Genau in diesem Moment nehmen wir weiter unsere Verantwortung in der Welt wahr. Gerade jetzt! Auch das ist die Botschaft, die wir mit der Unterstützung dieses MINUSMA-Mandats senden.

20 Deutschland ist der größte westliche Truppensteller in Mali. Wir bringen dort Fähigkeiten ein, die andere Beteiligte praktisch nicht ersetzen können: Heron-Drohnen, Transporthubschrauber. Wir sind in Gao Anlehnung für Belgien, Estland, Irland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, die Schweiz. Das heißt: Die Soldatinnen und Soldaten aus diesen Ländern sind auch auf unseren Schutz und die Unterstützung der Bundeswehr angewiesen. Würden wir uns heute entscheiden, diesem Mandat nicht zuzustimmen, hieße das, dass wir uns eben auch aus dieser Verantwortung gegenüber den anderen zurückziehen. Ich glaube, dann droht ein Dominoeffekt, der die Mission im Ganzen schwer treffen würde, und zwar nicht nur die westlichen Truppensteller, sondern dann auch – das ist ja ein breite UN-Mission – die Truppensteller aus Bangladesch, Sri Lanka, Niger oder dem Senegal. Als wir dann gemeinsam weitergereist sind in den Niger, haben wir gesehen, dass das auch Effekte auf dieses Land und seine demokratische Regierung hätte. [...] Ich möchte hier allerdings ganz deutlich sagen: Diese MINUSMA-Mission sichert nicht die malische Regierung ab. Der Einsatz unterstützt die malische Bevölkerung [...]. Natürlich wissen wir, dass es für Stabilität mehr braucht als Militär. Diese Mission allein wird nicht für Stabilität sorgen. Aber andersherum gilt eben auch: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, ohne dieses Mindestmaß an militärischem Schutz wird es eine politische Arbeit gerade auch von der internationalen Gemeinschaft dort kaum weiter geben können. Das hieße dann auch, dass unser Engagement im Dialogprozess in den Regionalkommunen vor Ort, gerade auch im medizinischen Bereich, im Klimaschutzbereich, im Menschenrechtsbereich so nicht weitergehen könnte. [...]

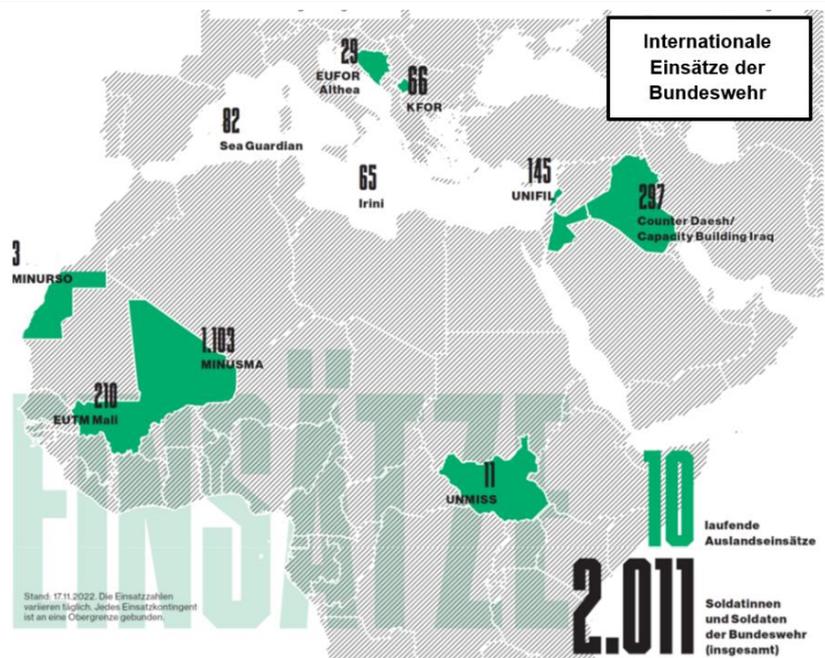
Wir als deutsche Bundesregierung schlagen in dem Mandat vor, dass wir personell von 1 100 Soldaten auf 1 400 aufstocken und technisch vor allen Dingen den Flughafenbetrieb weiter unterstützen; denn natürlich gilt die Verantwortung für Sicherheit nicht nur den Menschen vor Ort, sondern auch unseren Soldatinnen und Soldaten. Deswegen sagen wir in diesem Mandatstext auch sehr deutlich: Wenn der Schutz für deutsche Soldatinnen und Soldaten nicht mehr ausreichend gewährleistet werden könnte, dann werden wir natürlich unseren Beitrag anpassen und, wenn nötig, auch beenden. [...] Wir möchten die deutliche Botschaft setzen: Deutschland zieht sich in der Welt nicht zurück. Trotz und gerade wegen des Krieges in der Ukraine bleiben wir international im Rahmen der Vereinten Nationen engagiert. [...] Wir zeigen Flagge für die Sicherheit der Menschen in Mali und für unsere gemeinsame internationale Sicherheit.

Annalena Baerbock: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock in der Bundestagsdebatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-bt-minusma/2526052>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Material 2: Infografik zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr 2022 auf Basis von Materialien der Bundeswehr

Die Abkürzungen der Missionen, in englischer oder französischer Sprache, stehen für die Art des Einsatzes und geben meist Auskunft über das Einsatzgebiet sowie die internationale Organisation. So steht MINUSMA beispielsweise für „Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“. Das Material berücksichtigt nur Einsätze mit deutscher Beteiligung.

Mission	Mandats-obergrenze	Be-ginn	Auftrag u.a.
1. MINUSMA	1400	2013	Die Stabilisierungsmission der UN dient der Sicherung des Friedens in Mali.
2. Sea Guardian	550	2016	Die Sicherheitsoperation sorgt für den Schutz der Südflanke der NATO im Mittelmeer.
3. Counter Daesh / Ca-pacity Building Iraq	500	2015	Die internationale Koalition aus 77 Staaten soll die Rückkehr des „Islamischen Staats“ im Irak und Jordanien verhindern.
4. KFOR	400	1999	Seit 1999 ist die Bundeswehr Teil der NATO-Mission zur Friedenssicherung im Kosovo.
5. EUTM	300	2013	Bei der Ausbildungsmission der EU engagiert sich die Bundeswehr für die Ausbildung malischer Streitkräfte und ist noch an der strategischen Beratung beteiligt.
6. UNIFIL	300	2006	Vor der Küste des Libanon ist die Bundeswehr am maritimen Teil der UN-Beobachtermission und bei der Ausbildung beteiligt.
7. EUNAVFOR MED Irini	300	2020	Die EU-Mission unterstützt bei der Durchsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen.
8. EUFOR Althea	50	2022	Die EU-Mission wacht über die Einhaltung des Friedensabkommens in Bosnien-Herzegowina.
9. UNMISS	50	2011	Die Bundeswehr beteiligt sich mit der UN-Mission am Friedensprozess in Südsudan.
10. MINURSO	4	2013	Die UN-Mission in der Westsahara überwacht den Waffenstillstand und unterstützt vertrauensbildende Maßnahmen.



eigene Zusammenstellung auf Basis der Karte „Internationales Krisenmanagement“, in: Bundesministerium für Verteidigung (Hrsg.): Magazin Y. Sonderausgabe Einsatzbereitschaft 2022 (6), S. 28.

II

POLITISCHE SYSTEME UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Prüfungsteil A

- | | | |
|------------|--|-----------|
| 1 | Stellen Sie wesentliche Formen der politischen Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene dar! | 12 |
| 2 | So genannte Bürgerräte zählen in vielen Demokratien zu den aktuell diskutierten Reformvorschlägen. | 32 |
| 2.1 | Arbeiten Sie aus dem Text M 1 das Konzept sowie Chancen und Herausforderungen von Bürgerräten heraus! | |
| 2.2 | In der Bundesrepublik Deutschland sollen laut Koalitionsvertrag nach ersten Versuchen weitere Bürgerräte durchgeführt werden.
Entwickeln Sie aus der Perspektive einer Teilnehmerin bzw. eines Teilnehmers eines Bürgerrats geeignete Maßnahmen, um antidemokratischen Tendenzen in Deutschland entgegenzuwirken! | |
| 3 | Die Digitalisierung beeinflusst alle Lebensbereiche, auch die gesellschaftliche und politische Teilhabe. | 31 |
| 3.1 | Ermitteln Sie aus M 2 die Funktionsweise des chinesischen Sozialkreditsystems! | |
| 3.2 | Diskutieren Sie ausgehend von M 2 Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Meinungs- und Informationsfreiheit in Diktaturen! | |

Prüfungsteil B

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 4 | Bearbeiten Sie die Halbjahresaufgabe zu 12/1, 13/1 <u>oder</u> 13/2! | 25 |
|----------|--|-----------|

BE

12

32

31

25

100

Material 1: Christine Landfried erläutert 2021 auf der Plattform verfassungsblog.de das Potential von Bürgerräten im Hinblick auf die Handlungs- und Lernfähigkeit von Demokratien

Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, entstehen seit einigen Jahren [...] neue Formen der Bürgerbeteiligung. Per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die die Bevölkerung in ihrer Vielfalt repräsentieren, erarbeiten in Räten [...] nach intensiver und informierter Diskussion Empfehlungen zur Lösung politischer Probleme. [...]

- 5 Ein Blick auf die bisherigen Erfahrungen kann zu ersten vorsichtigen Einschätzungen darüber führen, inwieweit die Bürgerräte tatsächlich die repräsentative Demokratie stärken. [...]

Die irische Bürgerversammlung

10 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der irischen Bürgerversammlung (2016-2018) wurden per Los ausgewählt und waren nach Alter, Geschlecht, sozialer Schicht und regionaler Verteilung repräsentativ für die Gesellschaft. Die Versammlung traf sich an insgesamt 20 Tagen und hat sich mit wichtigen Themen der nationalen Politik befasst [...]. Nehmen wir das Beispiel der Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch. 40 Experten (Ethik, Medizin und Recht) haben zwischen 15 und 30 Minuten zu diesem Thema vorgetragen, und auch betroffene Frauen kamen zu Wort. Die Debatten fanden auf der Basis der Präsentationen der Experten in kleinen Gruppen zwischen 7 und 8 Personen statt und wurden von Moderatoren unterstützt.

15 Den Diskussionsprozess beurteilten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als sehr zufriedenstellend, fair und von wechselseitigem Respekt geprägt. Und obwohl es sich beim Schwangerschaftsabbruch um ein Thema handelte, das die irische Gesellschaft seit Jahrzehnten spaltete, war es möglich, eine sachliche Debatte zu führen. Das Ergebnis der Beratungen hatte auch praktische Folgen. Für die Empfehlung der Bürgerversammlung, den Schwangerschaftsabbruch zu liberalisieren, stimmte im
20 Mai 2018 in einem Referendum eine große Mehrheit der Bevölkerung.

Nicht alle Empfehlungen der Bürgerversammlung wurden umgesetzt. Das irische Beispiel macht daher deutlich, so Gráinne de Búrca¹, dass es Probleme gibt, für deren Lösung sich die Deliberation² in Bürgerversammlungen besonders gut eignet. Ist ein Thema umstritten und die Politik in eine Sackgasse geraten, dann eröffnet eine Bürgerversammlung die Chance, die Debatte zu versachlichen
25 [...].

Der französische Klimarat

30 Ein Beispiel für die politische Beteiligung der Bürger als Reaktion auf einen Vertrauensverlust in die Regierung ist der französische Klimarat (2019-2020). Die Proteste der „Gelbwesten“³, der „Gilets Jaunes“, gegen die Erhöhung des Dieselpreises, die Geschwindigkeitsbegrenzungen und die geplante Umweltsteuer veranlassten den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Debatten [...] zu Wort kommen zu lassen. Einer der Vorschläge, einen Bürgerkonvent zum Klima einzuberufen, wurde [...] verwirklicht. Die Regierung versprach, die Vorschläge des Konventes in die Praxis umzusetzen.

35 150 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger diskutierten von Oktober 2019 bis Juni 2020 an acht Wochenenden die Frage, wie man die Emissionen von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 um 40% im Vergleich zu den Emissionen im Jahr 1990 reduzieren und dabei soziale Gerechtigkeit beachten könne. In einem Abschlussbericht wurden 149 Maßnahmen vorgeschlagen, denen 95 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zustimmten. Es wurde beispielsweise dafür plädiert, den
40 Kampf gegen den Klimawandel in die französische Verfassung aufzunehmen. Die Regierung hat die

¹ Gráinne de Búrca: irische Juraprofessorin.

² hier: Beratung.

³ Gelbwestenbewegung: Protestbewegung in Frankreich, die gelbe Warnwesten zu ihrem Erkennungszeichen machte.

Vorschläge bisher jedoch nicht verwirklicht, und die hohen Erwartungen der Beteiligten wurden enttäuscht. [...]

45 Aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich einige Erfolgsbedingungen der Bürgerräte, -konferenzen und -versammlungen ableiten. Entscheidend sind transparente Ziele und Verfahren, eine inklusive Repräsentativität⁴, die deliberative Qualität⁵ und die politische Effektivität der Beteiligung der Bürger. Und schließlich spielt die Aufmerksamkeit der Medien eine wichtige Rolle für den Erfolg der Bürgerräte. Die Empfehlungen der Bürgerräte müssen auch in einer größeren Öffentlichkeit [...] diskutiert werden, um politisches Handeln wirksam zu beeinflussen. [...]

50 Da es in einer fragmentierten Öffentlichkeit immer schwieriger wird, Diskurse zu organisieren, in denen Themen von allgemeinem Interesse und das bessere Argument eine Rolle spielen, könnten Bürgerräte ein Weg sein, die Rationalität politischen Handelns in repräsentativen Demokratien zu stärken.

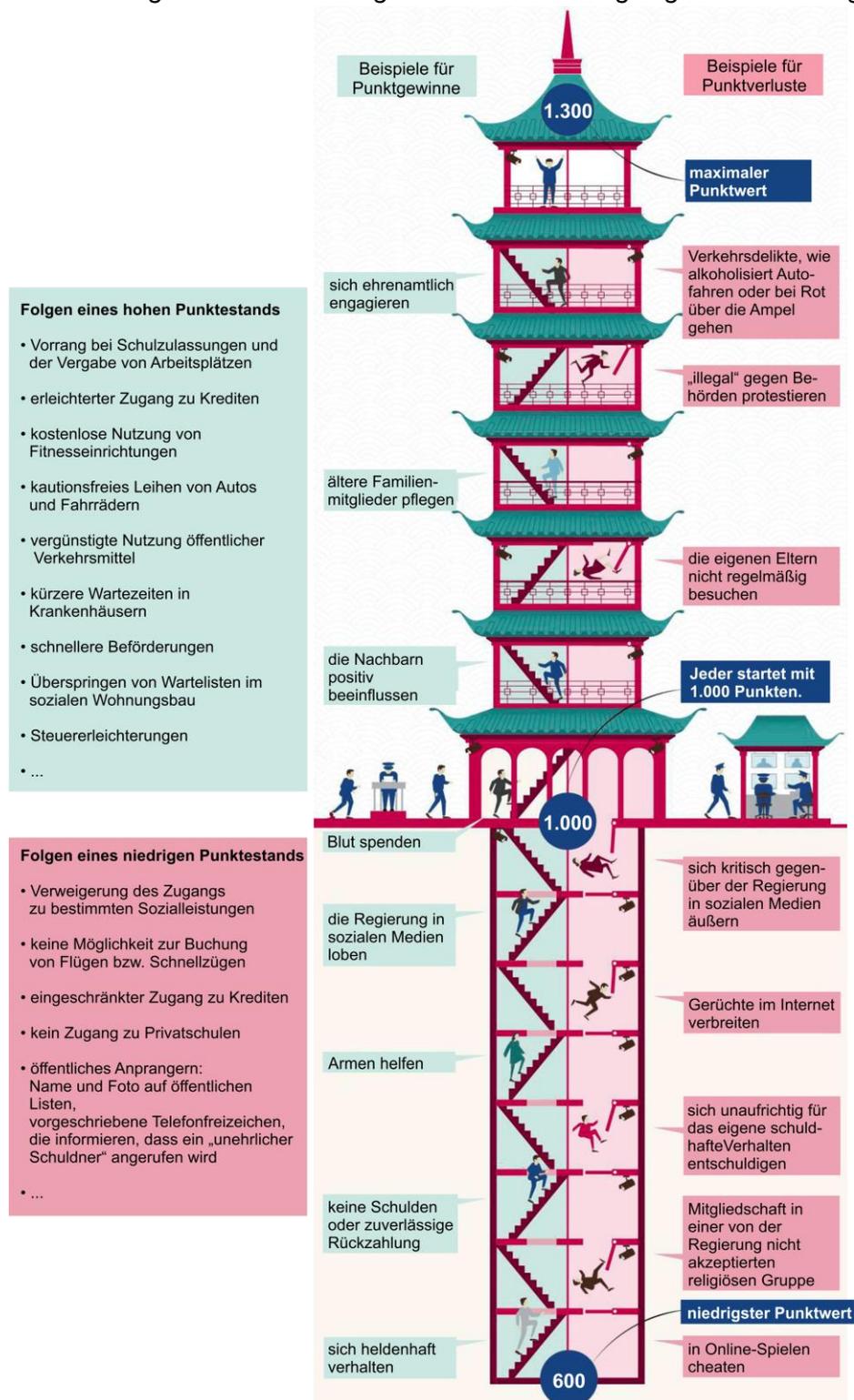
Christine Landfried: Bürgerräte als Potential für die Handlungs- und Lernfähigkeit von Demokratien, in: Verfassungsblog online vom 17.12.2021 (<https://verfassungsblog.de/burgerrate-als-potential-fur-die-handlungs-und-lernfahigkeit-von-demokratien/>), heruntergeladen am 13.07.2023).

⁴ inklusive Repräsentativität: Die Zusammensetzung des Bürgerrats soll die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen abbilden.

⁵ deliberative Qualität: Mit dem Begriff der deliberativen Qualität ist die Frage gemeint, wie ergiebig und gehaltvoll die Beratung im Bürgerrat ist.

Material 2: Infografik zum Sozialkreditsystem Chinas von Christian Eisenberg für die Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020

Seit dem Jahr 2014 baut die chinesische Regierung ein Sozialkreditsystem auf, ein digitales System, das privat gesammelte und staatliche Datenquellen nutzt, z. B. Kranken- und Gerichtsakten, Beiträge in sozialen Netzwerken, Daten von E-Commerce-Händlern oder Aufnahmen von Videokameras mit Gesichtserkennung auf Straßen. Die genauen Berechnungsalgorithmen sind geheim.



Bertelsmann Stiftung: Infografik zum Sozialkreditsystem Chinas, Illustration von Christian Eisenberg (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/deutschland-und-asien/projektthemen/asia-in-infographics>, heruntergeladen am 13.07.2023), zu Prüfungszwecken übersetzt.

III

MODERNISIERUNGSPROZESSE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF GESELLSCHAFT UND POLITIK

Prüfungsteil A

- | | BE |
|--|-----------|
| 1 Stellen Sie die wesentlichen zeitgenössischen Familienformen in Form eines Schaubilds dar! | 14 |
| 2 | 28 |
| 2.1 Arbeiten Sie ausgehend von einer Erläuterung des Gender Time Gap die in dem Artikel M 1 von Tina Groll dargestellten Ursachen für die Ungleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt heraus! | |
| 2.2 Sandra Hofmann, Ökonomin eines Wirtschaftsforschungsinstituts, stellt fest, „dass die Macht zwischen Männern und Frauen asymmetrisch verteilt ist“ (Z. 40-41).
Entwickeln Sie ausgehend von Ihren Ergebnissen aus 2.1 zwei staatliche Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des Gender Time Gap! | |
| 3 Im Rahmen der Berufsorientierung in der Profil- und Leistungsstufe findet an Ihrem Gymnasium ein Informationsabend statt. Als Mitglied des Organisationsteams sollen Sie in einem einführenden Redebeitrag Veränderungen in der Berufswelt durch die Digitalisierung thematisieren. Als Einstieg wählen Sie die Karikatur M 2.
Verfassen Sie diesen Redebeitrag, in dem Sie ausgehend von einer Analyse der Karikatur M 2 und mit Hilfe der Informationen aus dem Text M 3 Chancen und Herausforderungen durch „Industrie 4.0“ beurteilen! | 33 |

Prüfungsteil B

- | | |
|---|----|
| 4 Bearbeiten Sie die Halbjahresaufgabe zu 12/1, 12/2 <u>oder</u> 13/2! | 25 |
|---|----|

100

Material 1: Die Journalistin Tina Groll analysiert am 1. März 2022 in der Wochenzeitung DIE ZEIT Ursachen und Folgen der finanziellen Ungleichheiten der Geschlechter in der Arbeitswelt

Kochen, putzen, einkaufen, sich um Kinder und Angehörige kümmern: Das private Leben zu managen, ist sehr viel Arbeit und kostet Zeit. Und es wird meistens nicht bezahlt. Noch immer sind es überwiegend Frauen, die die meisten dieser unbezahlten Fürsorgearbeiten verrichten. Das hat für sie langfristig finanzielle Folgen. Denn wer viele Stunden dafür verwendet, unbezahlt zu arbeiten, hat weniger Zeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Die Folge ist meist eine finanzielle Abhängigkeit vom Partner – im äußersten Fall sogar Armut im Alter.

Die Datenlage ist eindeutig: Frauen und Männer teilen sich die Arbeit immer noch weitgehend nach traditionellen Geschlechterrollen auf. Dadurch wird die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zementiert. [...] Sandra Hofmann, Ökonomin [...], sagt: „Durch ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit geht ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Einkommen verloren. Denn Frauen verbringen 1,6-mal mehr Zeit mit nicht marktlicher, unbezahlter Arbeit als Männer.“ [...] Da wäre, [...] der Gender Time Gap. Dieser bemisst, wie viel Zeit Männer und Frauen im Schnitt für die bezahlte Erwerbsarbeit aufwenden. Frauen arbeiteten 2020 im Schnitt 7,6 bezahlte Stunden pro Woche weniger als Männer.

Grundlagen für die Ermittlung dieser Zeitlücke ist einerseits die Erwerbsquote und andererseits die Teilzeitquote. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist stark gestiegen – lag sie im Jahr 1995 noch bei 55 Prozent, beträgt sie heute fast 72 Prozent. Zum Vergleich: Die Erwerbsquote der Männer lag im Jahr 1995 bei fast 74 Prozent und beträgt heute 79 Prozent. Der sogenannte Gender Work Gap – also die Erwerbsbeteiligung der Geschlechter – hat sich also erheblich angeglichen. Doch betrachtet man auch die Teilzeitquote, ergibt sich der Gender Time Gap. Gut die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeitet nämlich Teilzeit, bei den Männern sind es nur zwölf Prozent.

Frauen kommen im Schnitt auf 30,3 Wochenstunden Erwerbsarbeit, Männer hingegen auf durchschnittlich 37,9 Stunden. Die Daten hat das Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen ermittelt. Allerdings ist die Betrachtung [...] unvollständig. Denn Frauen arbeiten durchschnittlich noch zusätzliche 27,4 Stunden im Haushalt oder wenden Zeit für die Pflege von Angehörigen und für andere Produktionstätigkeiten auf. Frauen kommen also auf 57,7 Wochenstunden. Sie arbeiten faktisch mehr als die Männer. Denn Männer übernehmen im Schnitt 14,8 Wochenstunden mit nicht marktlichen Tätigkeiten. „Würden die nicht bezahlten Arbeiten berücksichtigt, würde sich die Gender Time Gap nahezu halbieren“, sagt Sandra Hofmann.

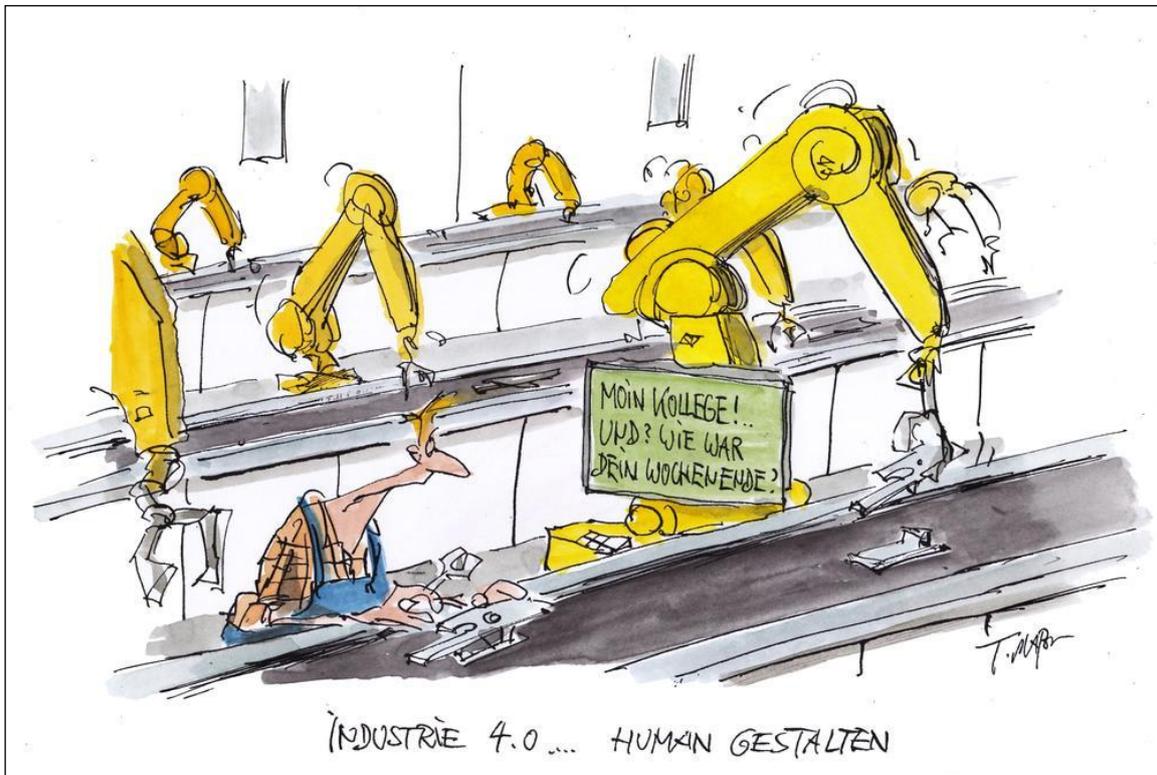
Hinzu kommt: Frauen reduzieren ihren Job meist nicht einfach so, viele tun das wegen struktureller Unvereinbarkeit. Weil Betreuungsangebote fehlen, weil es zu teuer ist, Fürsorgearbeit an Dritte auszulagern. [...] Aus diesen Gründen entscheiden sich viele Frauen dafür, Teilzeit zu arbeiten.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist auch, dass Frauen oft noch schlechter bezahlt werden als Männer und sich für oft geringer entlohnte Berufe entscheiden. Außerdem werden Partnerinnen und Partner oft nach dem altbekannten Muster ausgesucht: Frauen wählen eher Männer, die sozial oder ökonomisch über ihnen stehen, Männer wählen eher Frauen, die sozial nicht über ihnen stehen. Dann ist es am Ende auch eine finanzielle Entscheidung, dass diejenige mit dem geringeren Einkommen im Job die Arbeitszeit reduziert, um Care- und Betreuungslücken zu schließen.

[...] Und so führt „das bisschen Haushalt“ zu einer gravierenden Ungleichheit mit erheblichen Folgen für die gesamte Gesellschaft. „Die Ungleichverteilung der Einkommen führt zu unterschiedlichen Konsumentscheidungen der Geschlechter und generell dazu, dass die Macht zwischen Männern und Frauen asymmetrisch verteilt ist, vor allem in heterosexuellen Paarhaushalten“, sagt Hofmann.

Tina Groll: Es ist nicht nur das bisschen Haushalt, Beitrag in der Onlineausgabe der ZEIT vom 1. März 2022

Material 2: Karikatur von Thomas Pläßmann aus dem Jahr 2018



Thomas Pläßmann: Industrie 4.0 ... human gestalten, Bildnummer 8603 aus dem Jahr 2016.

Material 3: Informationstext „Was ist Industrie 4.0?“ der Plattform Industrie 4.0 der Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz sowie für Bildung und Forschung:

Industrie 4.0 bezeichnet die intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen in der Industrie mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie. Für Unternehmen gibt es viele Möglichkeiten, intelligente Vernetzung zu nutzen. Zu den Möglichkeiten zählen beispielsweise:

5 Flexible Produktion: In der Herstellung eines Produkts sind viele Unternehmen involviert, die Schritt für Schritt bei der Entstehung eines Produkts beitragen. Digital vernetzt können diese Schritte besser abgestimmt und die Auslastung der Maschinen besser geplant werden. [...]

Kundenzentrierte Lösungen: Konsument und Produzent rücken näher zusammen. Die Kunden können selbst Produkte nach ihren Wünschen mitgestalten [...]. Gleichzeitig können smarte Produkte, die schon ausgeliefert und im Einsatz sind, Daten an den Produzenten senden. [...]

10 Optimierte Logistik: Algorithmen berechnen ideale Lieferwege, Maschinen melden selbstständig, wenn sie neues Material benötigen – die smarte Vernetzung ermöglicht einen optimalen Warenfluss.

15 Einsatz von Daten: Daten zum Ablauf der Produktion und zum Zustand eines Produkts werden zusammengeführt und ausgewertet. Die Datenanalyse gibt Hinweise, wie ein Produkt effizienter hergestellt werden kann. Noch wichtiger: Sie ist die Grundlage für vollkommen neue Geschäftsmodelle und Services.

Ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft: Produkte werden datengestützt über ihren vollständigen Lebenszyklus betrachtet. Schon im Design wird festgelegt, in welcher Form die Materialien wiederverwertet werden können.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Plattform Industrie 4.0. Was ist Industrie 4.0? (<https://www.plattform-i40.de/IP/Navigation/DE/Industrie40/WasIndustrie40/was-ist-industrie-40.html>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Prüfungsteil A**BE**

- 1** Im Rahmen Ihres Unterrichts im Fach Politik und Gesellschaft erhalten Sie die Aufgabe, ein Referat zum Thema „Einfluss der Akteure der Internationalen Politik am Beispiel des Hochseeabkommens zum Schutz der Meere“ zu erarbeiten. Bei Ihrer Onlinerecherche dazu stoßen Sie auf die Infografik M 1.
- 1.1** Analysieren und interpretieren Sie die Infografik M 1!
- 1.2** Beurteilen Sie, inwiefern die Darstellung M 1 geeignet ist, den Einfluss der Akteure der internationalen Politik zu veranschaulichen!
- 2** Die Vereinten Nationen setzen sich unter anderem auch für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts ein.
- 2.1** Beschreiben Sie zentrale Kennzeichen des Völkerrechts!
- 2.2** Diskutieren Sie ausgehend vom Text zum Krieg in der Ukraine (M 2), inwiefern das Völkerrecht einen Beitrag zur weltweiten Konfliktbearbeitung leisten kann!

37

38

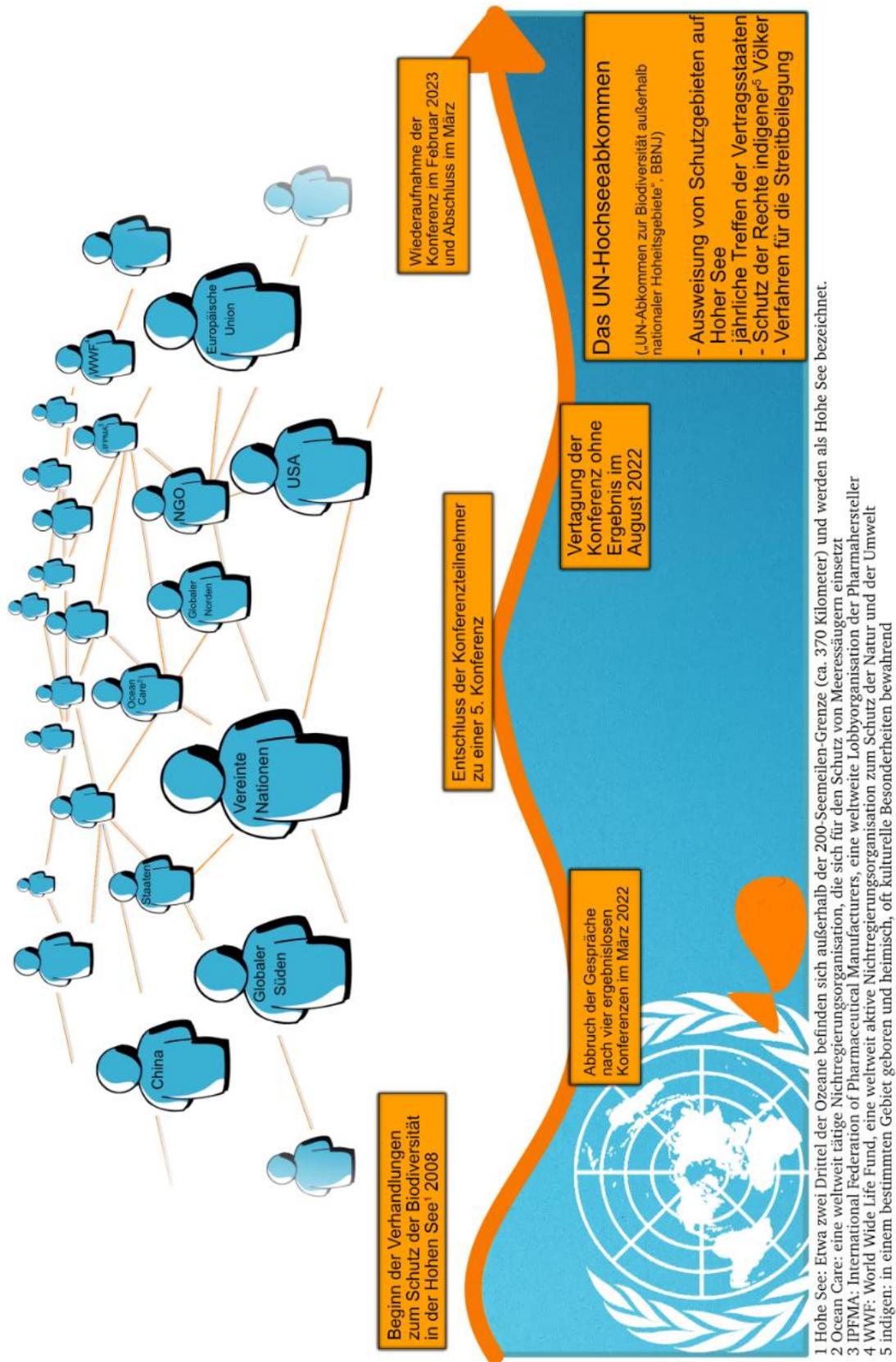
Prüfungsteil B

- 3** Bearbeiten Sie die Halbjahresaufgabe zu 12/1, 12/2 oder 13/1!

25

100

Material 1: Infografik zum Hochseeabkommen zum Schutz der Meere 2023



Eigene Erstellung auf Basis von Jule Reimer: Was mit dem Hochseeabkommen beschlossen wurde, in: Onlineausgabe Deutschlandfunk vom 20.06.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/meeresschutz-abkommen-hohe-see-vereinte-nationen-100.html>, heruntergeladen am 23.06.2023).

Material 2: Interview der Ludwig-Maximilians-Universität München mit Professor Dr. Christian Walter am 2. März 2022 über die russische Invasion in der Ukraine (seit dem 24. Februar 2022) im Hinblick auf das Völkerrecht

Ludwig-Maximilians-Universität (LMU): Wie ist die russische Begründung für die Invasion in der Ukraine aus völkerrechtlicher Perspektive zu sehen?

Christian Walter: Es ist eine rechtsmissbräuchliche und das Völkerrecht verdrehende Argumentation der russischen Regierung. Die russische Regierung kombiniert falsche oder bestenfalls unbelegte Behauptungen mit umstrittenen Rechtspositionen so, dass das Recht in sein Gegenteil verkehrt wird. Fundamentale Grundsätze des Völkerrechts wie die territoriale Integrität und das Gewaltverbot werden mit fadenscheinigen Argumenten auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das den Russen im Donbass¹ angeblich vorenthalten wird, übergangen, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen. Tatsächlich ist es eben keine kleine Militäroperation, wie von Putin behauptet, sondern es ist ein militärischer Angriff, der alle Voraussetzungen einer Aggression im Sinne der UN-Definition von 1974 erfüllt.

LMU: Was beinhaltet das Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Christian Walter: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist primär auf Autonomie im bestehenden Staatsverband gerichtet. [...] Den instrumentalisierten und missbräuchlichen Umgang mit dem Recht kann man bei der Invasion der Krim 2014 sehen. Die Eigenstaatlichkeit der Krim war damals nur ein extrem kurzes Durchgangsstadium. Unmittelbar nach der Erklärung der Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit ist die Krim Russland beigetreten und damit – wenn sie denn als eigenständiges Völkerrechtssubjekt entstanden ist – sofort wieder untergegangen. Wer so argumentiert, missbraucht das Recht. Die instrumentalisierte Nutzung des Selbstbestimmungsrechts durch Russland zielt auf eine Erweiterung des eigenen Gebiets durch gewaltsame Annexion. Das ist ein Angriff auf die Grundlagen der internationalen Ordnung. [...]

LMU: Was kann das Völkerrecht überhaupt leisten, wenn es doch, wie im Fall der Ukraine zu sehen, Kriege offenbar nicht verhindern kann?

Christian Walter: Die zentrale Funktion des Rechts liegt darin, Macht zu begrenzen und einzuhegen. Das setzt voraus, dass dahinter eine gemeinsame Rechtskultur steht, ein grundlegender Respekt vor Werten, die im Recht abgesichert sind und die unbedingt beachtet werden müssen. Vereinfacht formuliert geht es um den Respekt vor dem Recht. Wer die Bilder vom Krieg in der Ukraine sieht und das mit den juristischen Argumenten der russischen Regierung vergleicht, der erkennt sofort, dass es an einem solchen Minimalkonsens, dem Respekt vor dem Recht, fehlt. Wenn es so weit gekommen ist, tut sich das Recht natürlich schwer. Umso positiver ist die – nach anfänglichem Holpern – überraschend schnell hergestellte große Einigkeit des Westens. Die offensichtliche Völkerrechtswidrigkeit der russischen Invasion wird von allen gebrandmarkt. Ohne diese klare gemeinsame Rechtsüberzeugung und die daraus entstehende Empörung wäre die Einigkeit in der Reaktion, wie wir sie derzeit sehen, nicht zu erreichen. Das ändert leider nicht im Geringsten etwas an der humanitären Katastrophe, die der Krieg in der Ukraine ausgelöst hat. Aber es nährt die Hoffnung, dass der Angriff Russlands auf eine von gemeinsamen Werten getragene internationale Ordnung scheitern wird.

Ludwig-Maximilians-Universität München: „Das Recht in sein Gegenteil verkehrt“ vom 02.03.2022. Nachgefragt bei dem Völkerrechtler Christian Walter (<https://www.lmu.de/de/newsroom/newsuebersicht/news/interview-das-recht-in-sein-gegenteil-verkehrt.html>, heruntergeladen am 13.07.2023).

¹ Donbass: Hier Bezeichnung für ein Gebiet, das die ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk umfasst, aber von Russland beansprucht und seit 2014 besetzt wird.

Prüfungsteil B: Ausweitungen zu weiterem Halbjahr

Die Schülerinnen und Schüler wählen eine Ausweitung aus, allerdings ist das Halbjahr ausgeschlossen, zu dem bereits die Halbjahresaufgabe bearbeitet wurden.

Ausweitung zum Halbjahr 12/1

Nehmen Sie ausgehend vom Format „Zeitenwende on tour“ kritisch Stellung zur Bedeutung der Politikvermittlung vor dem Hintergrund der Motive und Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik!

Auf der Homepage der Münchner Sicherheitskonferenz findet sich folgender Beitrag (2022):

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der Geschichte Europas. Die deutsche Außen-, Sicherheits- und Europapolitik muss sich jetzt verändern, um unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Damit diese Veränderungen gelingen, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben ernste Fragen, sie suchen nach vertrauenswürdigen Informationen und nach Orientierung.

Was ist „Zeitenwende on tour“?

Die Münchner Sicherheitskonferenz als das weltweit führende Forum für außen-, sicherheits- und europapolitische Debatten wird deshalb die wichtigen Gespräche zur Zeitenwende [...] hinaus in die Breite der Gesellschaft tragen.

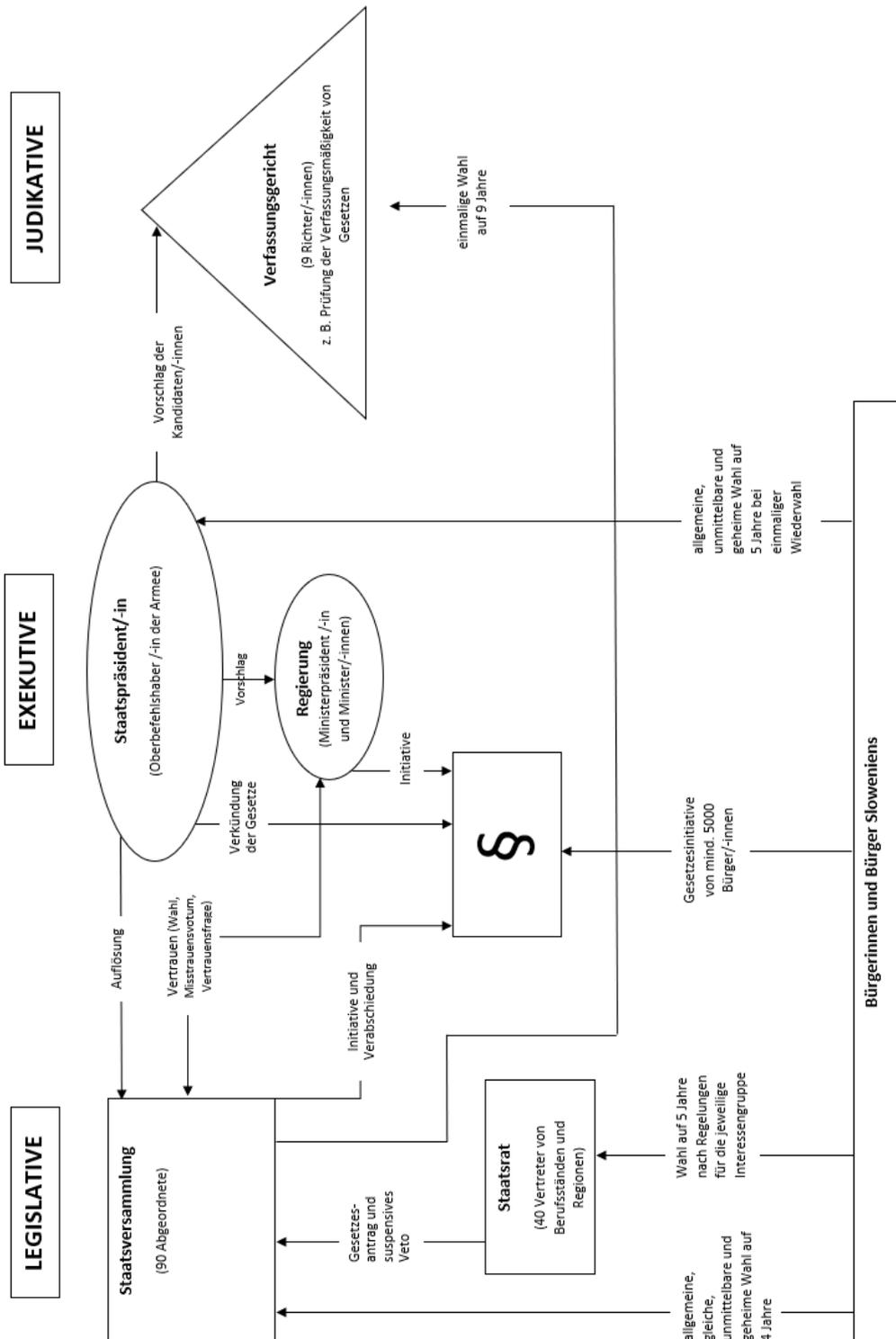
Mit der Veranstaltungsreihe „Zeitenwende on tour“ wird die Münchner Sicherheitskonferenz mit den Menschen ins Gespräch kommen, die in den deutschen Großstädten, aber auch in Kleinstädten und im ländlichen Raum von der Zeitenwende betroffen sind. Im Zuge der Kampagne sollen in allen 16 Bundesländern im Laufe der kommenden zwölf Monate Veranstaltungen mit in der jeweiligen Region stark verankerten Partnern stattfinden. An ungewöhnlichen Orten, mit unterhaltsamen und interaktiven Formaten und prominenten Gästen werden Fakten und Zusammenhänge dargestellt und die drängenden Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantwortet. Der Münchner Sicherheitskonferenz ist es im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig, immer sachlich, klar und verständlich zu bleiben.

Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz GmbH: Zeitenwende on tour (<https://securityconference.org/zeitenwende/>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Ausweitung zum Halbjahr 12/2

Beurteilen Sie anhand des Verfassungsschemas der Slowenischen Republik die Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung!

Verfassungsschema der Republik Slowenien



Eigene Erstellung auf Basis der Verfassung der Republik Slowenien
(<https://www.verfassungen.eu/sl/verf91-i.htm>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Ausweitung zum Halbjahr 13/1

Anlässlich des Equal Pay Day¹, der 2022 unter dem Motto „Equal Pay 4.0 – gerechte Bezahlung in der digitalen Arbeitswelt“ stand, erstellt Ihr Kurs eine digitale Pinnwand zum Thema „Gleichberechtigt?! – Männer und Frauen in der modernen Arbeitswelt“. Bei Ihren Recherchen stoßen Sie auf die folgende Karikatur.

Beurteilen Sie ausgehend von einer Analyse, inwiefern die Karikatur für die digitale Pinnwand geeignet ist!

Karikatur von Pierre Kroll zur Gleichstellung der Geschlechter



Pierre Kroll: Karikatur zur Gleichstellung von Mann und Frau, Belgien 2011.

¹ Der Equal Pay Day, der Tag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, ist ein Aktionstag, der auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen aufmerksam machen will.

Ausweitung zum Halbjahr 13/2

Anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember findet an Ihrer Schule eine Vortragsreihe zum Thema „Menschenrechte weltweit“ statt. Ihnen kommt dabei die Aufgabe zu, einen Vortrag zum Thema „Der Internationale Strafgerichtshof und sein Einsatz für die Menschenrechte“ zu halten. Bei Ihrer Recherche stoßen Sie auf den Bericht über die Ermittlungen gegen den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte.

Verfassen Sie mit Hilfe des Auszugs aus dem Zeitungsartikel einen Vortragstext, in dem Sie ausgehend von den Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs die Bedeutung seiner Tätigkeit beurteilen!

Der Journalist Arne Perras in der Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 21. Juli 2021 zu den Ermittlungen gegen den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte

Alle 15 Richter waren sich einig, es gab keine einzige Gegenstimme in der gewichtigen Entscheidung, die der Supreme Court in Manila in dieser Woche bekannt gab. Die wichtigste Botschaft daraus lautete: Staatschef Rodrigo Duterte und alle anderen, die mutmaßlich in den umstrittenen Anti-Drogenkrieg seines Landes verstrickt sind, können sich Ermittlungen der Internationalen Strafjustiz nicht entziehen.

Manila ist, so urteilt das oberste Gericht des Landes, zur Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag verpflichtet. Das ist ein herber Rückschlag für den 76-Jährigen, dessen sechsjährige Amtszeit 2022 ausläuft, und der bislang darauf setzte, sich den ICC irgendwie vom Hals halten zu können.

Duterte hatte versucht, sich einem drohenden Verfahren dadurch zu entziehen, dass er den Austritt seines Landes betrieb. Er setzte schließlich durch, dass die Philippinen den ICC zum 18. März 2019 verließen. Der Präsident sprach zu jener Zeit von „unverschämten Angriffen“ auf seine Person. Aber wenn er damals hoffte, dass sich die Angelegenheit dadurch erledigen würde, irrte er; das wurde ihm jetzt höchststrichterlich auf 101 Seiten bescheinigt: der ICC behält die Zuständigkeit für alle mutmaßlichen Verbrechen, die von staatlichen Akteuren bis zum 17. März 2019 begangen worden sind. Begonnen hatte der sogenannte Anti-Drogen-Krieg nach Dutertes Sieg 2016. Der frühere Bürgermeister von Davao¹ hatte mit dem Versprechen, Drogendealer und Süchtige gnadenlos zu verfolgen, seinen Wahlkampf befeuert. Diese militante Linie stieß bei vielen Philippinern auf Zuspruch. Experten halten den Kurs für ungeeignet, weil er die Drogenmisere nicht an den Wurzeln angeht und zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt.

Die Entscheidung der philippinischen Richter zum ICC war bereits Ende März gefallen, wurde aber erst am Mittwoch in vollem Umfang öffentlich gemacht. Sie gibt Opferverbänden und Menschenrechtlern Auftrieb, Täter und Drahtzieher der Menschenjagden doch noch zur Rechenschaft zu ziehen und die Straflosigkeit zu durchbrechen. „Dies wird Duterte von nun an wach halten“, erklärte der frühere Senator Antonio Trillanes nach dem Richterspruch, ein bekannter Gegner Dutertes.

Einen wichtigen Schritt zur juristischen Aufarbeitung hatte noch die scheidende Chefanklägerin in Den Haag, Fatou Bensouda, unternommen, indem sie im Juni formelle Ermittlungen beim ICC in Auftrag gab. Bis heute ist unklar, wie viele Opfer der Anti-Drogen-Krieg gekostet hat. Die Regierung nannte eine Zahl von 5526 „Drogenpersonen“ bis Juni 2019, der Polizeichef zählte zu diesem Zeitpunkt schon tausend Menschen mehr. Die philippinische Menschenrechtskommission schätzte

¹ Davao ist eine Stadt auf der philippinischen Insel Mindanao.

schon 2018, dass die Zahl der Opfer durch Polizeirazzien und Jagden der Todesschwadronen bei 27 000 liegen könnte. Und das Töten hat immer noch nicht aufgehört.

Arne Perras: Warum Duterte die Justiz weiter fürchten muss, in: Süddeutsche Zeitung Onlineausgabe vom 23.7.2022 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/icc-rodrigo-duterte-drogenkrieg-menschenjagden-internationale-justiz-1.5361584>, heruntergeladen am 02.07.2023).